

Rund um den Petersberg - Herbstspaziergang am 29.10.2022

Marktbergel. Bestes Spaziergangswetter, eine traumhaft schöne Strecke rund um den Petersberg und einige Thesen zur Friedenspolitik waren die wesentlichen Zutaten für einen gelungenen Nachmittag mit gemeinsamen Essen danach in der Sportgaststätte. Der Kreisverband der Partei dieBasis lud ein und 10 Teilnehmer waren dabei.

Die organisierende Heidi Popp aus Marktbergel (stv. Kreisvorsitzende) hatte auf dem Berg auch ein paar schaurige Geschichten aus einem Hexenbuch vorgetragen, die der Berg ebenso aufweist. Die erhabene Rundum-Fernsicht vom Gipfel hatte alle begeistert, ebenso der Schrei-Stein und die Hängematten.

Der „**Erlebnispfad Petersberg**“ kann also getrost empfohlen werden.



Der Kreisvorsitzende Jürgen Osterlänger trug in ein paar Redekreise einige Thesen aus den **Leitlinien für eine den Frieden fördernde Politik** der Partei dieBasis vor. Diese Leitlinien wurden von der Arbeitsgruppe Frieden der Partei kürzlich verabschiedet und sollen einen Orientierungsrahmen und eine Diskussionsgrundlage zur Friedens- und Außenpolitik der Partei bieten. Sie wurde noch nicht konsensiert.

In einem ersten Punkt werden **Sanktionen und Boykotte** als Wege politischer Konfliktlösung grundsätzlich abgelehnt. Sanktionen würden materiellen Schaden bewirken und zum Teil gravierendes Leid für die zivile Bevölkerung bringen. Im Irak, Iran und Syrien seien die fürchterlichen Folgen für die dort lebenden Menschen seit Jahren zu beobachten. Wirtschaftssanktionen seien Teil einer gewissenlosen Kriegsführung, die abgelehnt würden. Hier gab es unter den Teilnehmer keine einzigen Widerspruch.-dieBasis setzt sich in einem weiteren Punkt für die Fortsetzung bzw.



Wiederaufnahme der **wirtschaftlichen Kooperation mit Russland, China, Syrien, Iran** und anderen sanktionierten Staaten ein. Alle Sanktionen müssten beendet werden. Die Staaten dieser Erde seien alle Teil einer globalen Völkergemeinschaft, die in gegenseitigem Respekt vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Modellen wirtschaftlich und kulturell kooperieren wollten. Die dabei zu beachtenden Prinzipien wurden in der Charta der Vereinten Nationen nach dem zweiten Weltkrieg völkerrechtlich bindend fixiert. Kritik, etwa an Menschenrechtsverletzungen, könne mittels dafür eingerichteter internationaler Institutionen geübt werden. Die Bevölkerung eines Landes dürfe jedoch nicht für das politische Handeln ihrer Regierung „bestraft“ werden. Auch hierzu gab es die Zustimmung fast aller. Eine Teilnehmerin merkte an, dass sie durchaus für Sanktionen wäre, wenn sie nur die wirklich Richtigen treffen würden.



Die **Übergabe eigener Souveränitätsrechte an demokratisch nicht legitimierte Institutionen** sowohl in der EU als auch im Euro-Raum sei zu stoppen und zurückzubauen – so eine weitere These. Jugend- und Kulturaustausch, Wissenschaftskooperation, sowie Sportaustausch mit allen Ländern, insbesondere im Europa der 47 Länder seien zu fördern.

Die europäische Gesellschaft erlebe eine fortschreitende Entmündigung der Bürger, eine Schwächung nationaler Souveränitätsrechte bei gleichzeitiger Verlagerung der Entscheidungsmacht auf supranational organisierte, von Lobbyisten unterwanderte, undemokratische, nicht gewählte Organisationen auf der

Ebene der Europäischen Union. Die immer neuen Richtlinien und Gesetze aus Brüssel verstärkten Jahr um Jahr die wirtschaftliche Dominanz weniger globaler Konzerne und zerstörten den wirtschaftlichen Mittelstand der Länder. Die Basis sehe hier dringenden Handlungsbedarf, um die Demokratie in Europa wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Die Bundesrepublik solle neutral werden, eine friedliche Koexistenz bzw. Kooperation müssten mit allen Ländern, insbesondere unseren Nachbarn, angestrebt werden. Die Partei dieBasis setze sich daher für den **Austritt der Bundesrepublik aus der NATO** ein. Gemäß 2+4-Vertrag sei Deutschland seit 1990 souverän („Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“) Demgemäß könne Deutschland den Austritt aus der NATO mit 1-Jahres-Frist erklären. Des weiteren setze man sich ein für die Kündigung des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, des so genannten Truppenstationierungsvertrags. In Verbindung mit dem NATO-Austritt sei dies ein entscheidender Schritt, um Deutschland zu einem neutralen Staat werden zu lassen, der nicht mehr zur Führung illegaler Angriffskriege missbraucht werden könne. Diese Thesen fanden zwar ebenso einhellige Zustimmung, allein manche hielten sie für zu utopisch.



Die letzte These beim Spaziergang: Die Bundeswehr sei, wie im Geiste des Grundgesetzes ursprünglich vorgesehen,

Die letzte These beim Spaziergang: Die Bundeswehr sei, wie im Geiste des Grundgesetzes ursprünglich vorgesehen,

eine reine Verteidigungsarmee. Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete müssten verboten sowie strafrechtlich verfolgt werden. DieBasis setze sich für den sofortigen Stopp aller deutschen Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete ein.

So belebend ein Widerspruch unter den Teilnehmern gewesen wäre, war auch hier keine fundamental andere Meinung vertreten. Der Spaziergang war trotzdem für alle sehr bereichernd.

Mehr Infos: <https://diebasis-partei.de/2022/10/leitlinien-fuer-eine-frieden-foerdernde-politik-der-partei-diebasis/>

Bildrechte: Wolfgang Bell



Jürgen Osterlänger
Vorsitzender Kreisverband Neustadt/Aisch - Bad Windsheim
Tannscharn 21, 91448 Emskirchen
kontakt@dieBasis-neabw.de
09104-1431 / 01606963785

Freiheit

Machtbegrenzung

Achtsamkeit

Schwarmintelligenz